

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich 16 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM. pro Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. pro Haus. Einzelnummer 10 Pf. Alle Postanweisungen, Postkarten, andere Zuschriften u. Geschäftsbriefe gelangen zu jeder Zeit bei dem Redakteur ein. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen und für die Abnahme von Werbeflächen besond. verantwortlich. Abnahme von Werbeflächen erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wilsdruffer Tageblatt, Nr. 8, Ritter-Str. 20, Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druckerei: Wilsdruffer Druckerei, Dresden. Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruffer Druckerei, Dresden. Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruffer Druckerei, Dresden.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Bekanntmachungen des Landrates zu Meissen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostow sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 135 — 98. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 14. Juni 1939

Die Stadtsucht

Die Schäfersfrage des deutschen Volkes

Ob auf dem Internationalen Landwirtschaftskongress in Dresden, ob auf der Leipziger Reichsnährstandsausschreibung oder auf dem ersten Großdeutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Wien, der soeben begonnen hat, immer steht die Frage der Landflucht oder, besser gesagt, Stadtsucht im Mittelpunkt der Aussprache. Auf dem letzten Reichsbauerntag hat Reichsbauernführer Darré festgestellt, daß heute in der deutschen Landwirtschaft rund 800 000 Arbeitskräfte fehlen. Die Stadtsucht hat damit ein Ausmaß angenommen, daß die Erzeugung ernstlich gefährdet ist.

Erschreckend geradezu, zu erfahren, daß 1933 insgesamt 52 Großstädte mit über 19 Millionen Einwohnern oder 30,4 v. H. der Gesamtbevölkerung gezählt wurden. Einzelne Großstädte haben ihre Bevölkerung von 1819 bis 1933 mehr als verdreifacht. 1819 z. B. zählte Essen 5000 und im Jahre 1933 654 000 Einwohner. Besonders die Industriegebiete wirken anziehend auf die Menschen vom Lande. So ist die Landflucht gewissermaßen zu einer Ost-Westwanderung geworden. Von 1840 bis 1910 wurden durch diese Wanderung den vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Gauen des deutschen Ostens rund 3,5 Millionen Menschen entzogen. Insgesamt verlor das Land von 1882 bis 1933 über 12 Millionen Menschen an die Stadt.

Innerhalb der letzten vier Jahre haben 584 000 Menschen das Land verlassen. Allein der Rückgang an deutschen Landarbeitern betrug von 1933 bis 1938 21,4 v. H. Jedoch ist, wie der Reichsbauernführer in Goslar feststellte, die Landflucht nicht nur eine Landarbeitersucht, sondern ebenso eine Landflucht der Bauernsöhne und Bauernstöchter. Von den abgewanderten 3,5 Millionen Menschen waren 56,4 v. H. selbständig und nur 43,6 v. H. Landarbeiter.

Am härtesten hat sich die Stadtsucht unter der weiblichen Bevölkerung ausgewirkt. Von 1925 bis 1933 kamen, um nur ein Beispiel zu nennen, auf 100 abgewanderte Männer im Regierungsbezirk Osnabrück 601 Frauen. Diese Stadtsucht der Frauen verursacht ein ungesundes Geschlechterverhältnis in Stadt und Land. Kam im Jahre 1933 auf 1000 Männer im Alter von 17 bis 24 Jahren im Reichsdurchschnitt 1058 Frauen, so waren es auf dem Lande 901 Frauen und in den Großstädten 1092 Frauen.

Diese Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande mußte sich naturgemäß in einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung auswirken, der bereits eingeleitet hat. Die Zahl der Milchkuhe ist z. B. um 300 000 Stück oder um 3 v. H., die Buttererzeugung um 30 000 Tonnen oder um 5 v. H. zurückgegangen.

Die Stadtsucht gefährdet aber nicht nur die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes, sondern sie wird auch einer ersten Bevölkerungspolitischen Gefahr, denn das Landvolk ist der Nahrungsbasis der Nation. Die Verstärkung führt also auf die Dauer zu einer Entvölkerung des deutschen Volkes. Die Stadtsucht gefährdet heute schon den lebensnotwendigen Geburtenüberschuß. Von 1931 bis 1933 fiel die ländliche Geburtenziffer von 36,2 a. Z. auf 18,3 a. Z., die städtische Geburtenziffer in der gleichen Zeit von 29 a. Z. auf 15,1 a. Z. Der Rückgang betrug also auf dem Lande 16,9 a. Z., dagegen in der Stadt 13,9 a. Z. Dieser stärkere Geburtenrückgang ist eine Folge der Arbeitsüberlastung der Landfrauen, die ihr die Möglichkeit nimmt, Mutter zahlreicher Kinder zu sein.

Schließlich droht durch die Abwanderung in die Stadt eine Gegenansiedelung des deutschen Volkes. Von 8000 Schülern eines besseren Kreises z. B. waren 47,5 v. H. der Abgewanderten gut bezahlt und 43,3 v. H. genügend bezahlt. Ebenso führt die Stadtsucht als Grenzflucht zu bedeutenden volkspolitischen Schädigungen. Der Bevölkerungsdruck steht eine solche von 73,4 Menschen je Quadratkilometer in der benachbarten Sowjetrepublik Pommerellen gegenüber.

Alle diese Maßnahmen des deutschen Landvolkes selbst zur Bekämpfung der Stadtsucht finden ihre stärkste Unterstützung durch Partei und Staat. Durch Gesetze und Verordnungen hilft der Staat dem deutschen Bauern bei der Erhaltung der Scholle, die er als Treuhänder des Volkes besitzt. So wertvoll diese Hilfe an sich ist und so notwendig sie ist, so bedeutet sie doch keine Hilfe für die Dauer. Das deutsche Landvolk kann seine Aufgaben heute nicht mehr allein erfüllen. Damit wird die Landflucht zur Schäfersfrage des ganzen deutschen Volkes. Von der Entscheidung, ob das Landvolk allein oder ob das ganze Volk an seine Seite tritt, hängt der Bestand unseres Volkes ab.

Franco fährt nach Rom

Besuch Ende September

General Franco wird, wie „Agenzia Stefani“ von Madrid berichtet, Ende September nach Rom kommen.

22 Milliarden RM. Steuereinnahmen

Staatssekretär Reinhardt über die Grundlage der deutschen Finanzwirtschaft

Im Verein Berliner Kaufleute legte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, die Grundgedanken der heutigen Finanzpolitik dar und beantwortete die häufig aufgeworfene Frage, woher das ganze Geld komme. In diesem Zusammenhang gab der Staatssekretär ein Bild von der künftig steigenden Finanzkraft des Reiches und teilte mit, daß noch ein weiterer Spielraum vorhanden sei, der nur zum Teil in Anspruch genommen werde.

Unter Hinweis darauf, daß die Sicherung der Lebensrechte Großdeutschlands nur durch eine starke Wehrmacht möglich gewesen sei, wandte sich der Staatssekretär gegen die Ansicht, daß man den Aufbau der Wehrmacht auf längere Jahre hätte erstrecken sollen. Er versicherte, daß in diesem Falle Deutschland höchstwahrscheinlich im vorigen Jahr ein Krieg ausgezogen worden wäre, dessen Kosten bestimmt größer gewesen wären, als die für den Aufbau der Wehrmacht notwendigen.

Keine Steuererhöhungen

Staatssekretär Reinhardt betonte, daß die Vorkriegsleistung des Reichshaushalts, gemessen an der Größe der Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft, als klein zu bezeichnen sei.

Habe das Steueraufkommen des Reiches im Jahre 1932 nur 6,6 Milliarden Mark betragen, so sei die Summe im Rechnungsjahr 1938 auf 17,7 Milliarden gestiegen, werde im laufenden Rechnungsjahr wahrscheinlich 22 Milliarden Mark erreichen und 1940 noch größer sein.

Der Staatssekretär erklärte, das Einkommensteuergesetz vom Februar 1939 und die Mehreinkommensteuer seien die letzten Maßnahmen, durch die eine bessere Anpassung des Steuerrechts an die Leistungskraft der Steuerpflichtigen geschehen sei. Weitere Maßnahmen fol-

cher Art seien nicht mehr zu erwarten und würden auch finanzpolitisch und steuerpolitisch nicht mehr erforderlich sein.

Der neue Finanzplan

Nach eingehenden Darlegungen über die Arbeit der Reichsfinanzverwaltung ging Staatssekretär Reinhardt auf den neuen Finanzplan ein. Er erwähnte, daß der das Steueraufkommen übersteigende Finanzbedarf des Reiches in den vergangenen Jahren durch kurz- oder mittelfristige Schulden gedeckt und dann durch langfristige verzinsliche Anleihen des Reiches abgelöst worden sei. Es hätten noch viele Milliarden im Anleihenwege beschafft werden können, jedoch hätten die finanz- und kreditpolitischen Grundsätze des Nationalsozialismus geboten, daß der außergewöhnliche Finanzbedarf des Reiches insoweit, als er das Steueraufkommen noch übersteige, anders als bisher gedeckt werde und insbesondere der privaten Wirtschaft der Geld- und Kapitalmarkt nicht durch das Reich versperrt bleibe. Der noch nicht durch Steuern gedeckte Teil des außergewöhnlichen Finanzbedarfs werde künftig nur noch durch die Ausgabe verzinslicher Staatsanleihen gedeckt.

Staatssekretär Reinhardt erläuterte eingehend die Technik und Anwendung der Steuergutscheine und erklärte u. a. zu der einkommensteuerlichen Behandlung der Steuergutscheine I und II, daß das gesetzliche Aufgeld, mit dem die Steuergutscheine II ausgestattet seien, auch in der Hand von Privatpersonen einkommensteuerpflichtig sei.

Der Staatssekretär wandte sich zum Schluß entschieden gegen die Auffassung, daß man in dem Steuergutscheinerverfahren Inflationseffekte erblicken könne. Währungsgemäß wirke sich das Verfahren vielmehr in der entgegengesetzten Richtung aus.

Der Sonderbeauftragte Englands in Moskau hat Strang Vollmachten? Paris drängt zur Eile

Der englische Sonderbeauftragte Strang, der die englischen Einkreisungsverhandlungen mit Moskau wieder in Gang bringen soll, ist nach kurzem Aufenthalt in Warschau, wo er mit den maßgeblichen polnischen Stellen Rücksprache genommen hat, nach Moskau weitergefahren.

Mit der Reise Strangs lebt in London und Paris wieder das Rätselraten der Presse auf, was Strang in Moskau wollen und was er erreichen könne. Bezeichnenderweise heißt es, nachdem die englische Presse ihren Lesern seit einer Woche eingeschämmt hat, daß Strang die Formel nach Moskau bringe, die alle Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Sowjetrußland lösen werde, plötzlich, Strang habe noch gar keine endgültigen Richtlinien für Moskau bekommen. In unterrichteten Londoner Kreisen verläutet, daß die britische und französische Regierung immer noch darüber verhandelt, welche Form die Kompromißformel, die man Sowjetrußland vorschlagen will, erhalten und mit welchen Vollmachten Strang nachträglich versehen werden soll. Bislang ist, wie die Londoner Blätter behaupten, Strang lediglich „unrichtig“, wie weit die britische Regierung zu geben bereit sei.

„Jede Verzögerung ist gefährlich“

In Paris ist man nach wie vor sehr beunruhigt über den Stand der Verhandlungen zwischen London und Moskau, und die Pariser Presse gibt London immer wieder den Rat, das Einkreisungsgespräch nur nicht einzulassen zu lassen. In diesem Zusammenhang werden die letzten Reden Chamberlains und Halifax in Paris mit höchlicher Beugung aufgenommen, da sie als eine Art Richtschnur der Erklärungen beider Minister betrachtet werden, die in Paris wegen ihres „zu großen Entgegenkommens“ an Deutschland peinlich überrascht hätten. Verschiedene Pariser Blätter wollen wissen, daß England Berichte seiner Berliner Vertreter erhalten habe, worin dringend zum Abschluß des Dreierpaktes mit Sowjetrußland geraten und darauf aufmerksam gemacht wird, daß jede Verzögerung gefährlich werden könne.

Moskau besteht auf Intervention im Baltikum

Bemerkenswerterweise beschäftigt sich die halbamtliche Moskauer „Pravda“ in dem Augenblick, als Englands Sonderbeauftragter im Kremlin vorpricht, erneut mit der Frage der „Garantie“ für die drei baltischen Staaten, über die sich England, Frankreich und die Sowjetunion bekanntlich immer noch unterhalten. Das Blatt betont noch einmal mit Nachdruck den Standpunkt Moskaus, der auf ein Interventionsrecht in Lettland, Estland und Finnland hinausläuft, wenn — wie die „Pravda“ sich

ausdrückt — deren „Neutralität direkt oder indirekt verletzt wird“.

Welche Absichten der Moskauer Politik dabei vorzuziehen, läßt sich aus den Versicherungen des Wladeschkowsky erkennen. Bald wird darin von einer „dreifachen Garantie der Neutralität der baltischen Staaten“ gesprochen, bald von ihrer „Unterstützung durch die freibliebenden Mächte“, bald von einer „Hilfsleistung bei einem direkten oder indirekten Angriff seitens der Diktaturen“. Auf jeden Fall aber scheint für das bolschewistische Blatt eine eigene Willensäußerung der drei erwähnten Staaten überhaupt nicht in Frage zu kommen. Den Einwänden, daß die Annahme einer solchen „Unterstützung“ die drei Länder ihrer Souveränität berauben könne, will die „Pravda“ keinesfalls gelten lassen.

„Wir garantieren nicht aus Liebe“

Englands Schwandel mit der „Unabhängigkeit“ der kleineren Staaten.

Was England unter „Unabhängigkeit“ und „Gleichberechtigung“ der kleineren Staaten versteht, zeigt der frühere britische Kriegsminister Duff Cooper mit einer geradezu zynischen Offenheit im neuesten seiner allwöchentlich im „Evening Standard“ erscheinenden Artikel.

Duff Cooper setzt sich für einen sofortigen Abschluß eines Bündnisses mit der Sowjetunion ein und freit dabei die Frage der „Garantierung“ der baltischen Staaten. „Diese Staaten sind für Sowjetrußland“, so sagt er, „was Belgien für England ist. Aber Sowjetrußland fehlt die zusätzliche Sicherheit des englischen Kanals. Wenn nun eine belgische Regierung erklären sollte, daß sie die Garantie Frankreichs und Englands nicht länger mehr benötigt — etwas, was nicht unmöglich ist —, würde eine solche Erklärung dann etwas an der Tatsache ändern, daß England dennoch in den Krieg ziehen würde, um zu verhindern, daß Belgien in die Hände einer großen feindlichen Macht fiel? Das würde natürlich nicht der Fall sein. Die Garantie würde bestehen bleiben, gleichgültig, ob Belgien sie wünschte oder nicht.“

Wir müssen realistisch sein und den Tatsachen ins Auge sehen. Wir garantieren die Grenzen eines Landes nicht aus Liebe für dessen Bewohner, sondern aus Rücksichtnahme auf unsere eigene Sicherheit.

Wenn Sowjetrußland die Integrität der baltischen Staaten als wesentlich für seine eigene Sicherheit ansieht, so können wir es deswegen nicht tadeln. Und wenn wir Sowjetrußland ersuchen, England im Notfall zu unterstützen, können wir uns nicht weigern, ihm gegenüber eine gleiche Verpflichtung einzugehen.“